

Haushaltsrede 2003

von Erhard Demmer

Vorsitzender der Fraktion
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rhein-Kreis Neuss

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Als ich zur Vorbereitung der heutigen Rede die aus dem letzten Jahr durchlas, reizte mich die Idee, die Rede des vergangenen Jahres – an einigen Stellen aktualisiert – noch einmal vorzutragen.

Vielleicht wäre das – wie weiland bei Helmut Kohls Sylvester-Rede – den wenigsten hier aufgefallen.

Bei Kohl merkten die Meisten die Wiederholung deshalb nicht, weil er ohnehin das Immergleiche von sich gab.

Unsere Wiederholung hätte jedoch gezeigt, dass sich im Kreis Neuss trotz absoluter Mehrheit im zurückliegenden Jahr wenig bewegt hat, aber auch, dass die politischen Rahmenbedingungen für die Kommunen sich noch nicht verbessert haben.

In der Haushaltsrede 2002 hieß es:

„ `Auf dem Niveau von Entwicklungsländern – Einige Kommunen droht die Pleite´ titelte die Süddeutsche Zeitung am 18. Januar 2002 und verwies darauf, dass Land und Gemeinden sich in einer schweren Finanzkrise befinden.

Aber auch dem Bund steht das Wasser bis zum Hals: Jeden vierten Euro zahlt der Bund für den Schuldendienst.

Über die Ursachen und Konsequenzen wird laut nachgedacht, leider oft auf extrem vereinfachendem Niveau.“

Daran hat sich leider nichts geändert. So will der Bundesverband der Deutschen Industrie, assistiert von der FDP die Gewerbesteuer ein für allemal abschaffen und den Kommunen eigene Hebesatzrechte bei der Einkommensteuer geben. Auch Teile der CDU liebäugeln mit diesem Vorschlag.

Das, meine Damen und Herren, würde aber die Kommunalfinanzen weiter verschlechtern - mindestens eine Milliarde EURO weniger für die Kommunen !

Mehr Sinn macht da der Vorschlag der Kommunalverbände, auf eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, Mieten, Pachten und Zinsen der Unternehmen zu setzen.

Doch auch dies greift im Prinzip zu kurz. Wesentlich interessanter ist das umfassendere Konzept der Bertelsmann-Stiftung „**Reform der Gemeindefinanzen**“, das eine Finanz-, Aufgaben- und Demokratiekrise konstatiert. Mit diesem Konzept sollte sich der Finanzausschuss bald einmal befassen.

Wenn dann auch – wie angekündigt – die „Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen“ ihren Bericht vorgelegt hat, muss der Kreistag hier Stellung beziehen, das dürfen wir nicht - wie so oft in vielen anderen Politikbereichen - der

Verwaltung überlassen.

Es ist nämlich zu befürchten, dass der Bund und die Länder, ich meine alle Länder, angesichts der durch die anhaltende Wirtschaftskrise katastrophalen Situation der Kommunalfinanzen zwar Krokodilstränen vergießen, letztlich aber den kleinen Patienten die Luft abdrehen.

Aber nicht nur Bund und Länder, auch der Kreis Neuss selbst muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Verschuldungssituation sich nicht noch weiter verschlechtert.

Die Kommunen und der Kreis werden in Zukunft auch über die Ausgabenseite nachdenken und verantwortungsvoll die Konsolidierung vorantreiben müssen.

Umso erstaunlicher ist es, dass die Mehrheit in diesem Kreistag das Ziel, die Entschuldung des Kreises beharrlich fort zu setzen, verwässert hat.

Drei Beispiele unter mehreren:

Das im letzten Jahr angesprochene Risiko „Halle Hambloch“ ist immer noch nicht gelöst. Der HH-Begleitbeschluss-Antrag Nr. 8 (Sinsteden) der CDU ist Ausdruck dieser Hilflosigkeit. Darin wird deutlich, dass die in einem Freundschafts-Deal geschaffenen Eigentumsverhältnisse eine Lösung des Problems massiv behindern. Längst sind die Rückriem-Geschenke zu Wackersteinen im Bauch des Landrates geworden.....

Diese „Spur der Steine“ wird uns noch weiter beschäftigen.

Die CDU ist auch verantwortlich dafür, dass 435.000 Euro der Internationalen Schule geschenkt werden, damit die wenigstens im 10. Jahr möglicherweise, vielleicht, zumindest im Wirtschaftsplan ausgewiesen, eine schwarze Null schreiben kann.

Der Wille, hausgemachte Probleme zu beseitigen oder erst gar nicht entstehend zu lassen, ist nicht vorhanden.

Hinzu kommt, das haben die Beratungen im Finanzausschuss gezeigt, dass die CDU eine weitere Konsolidierung des Haushalts auch dadurch behindert, dass sie eine **klassische Klientelpolitik** betreibt.

Da geht es zwar oft nur um ein paar tausend Euro, aber bekanntlich macht Kleinvieh auch Mist.

Zwar ist es richtig, die von der Verwaltung vorgeschlagenen Rasenmäherkürzungen bei Angeboten der freien Wohlfahrtspflege zurückzunehmen, doch enthebt uns dies nicht der Pflicht, Sozialangebote kritisch zu hinterfragen und vor allem weiter zu entwickeln.

Ein Beispiel von vielen für die Klientelpolitik ist die öffentliche Schwangerschaftskonfliktberatung. Sie bleibt trotz mehrerer Anträge der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN unvollständig.

Eine Vielfalt der Träger ist im Kreis Neuss unerwünscht. (s.a. der Beschluss zur offenen Ganztagsgrundschule in Neuss)

Auch bei Sozialhilfe und Grundsicherung ist der CDU – trotz absoluter Mehrheiten – keine kooperative Lösung gelungen. Der Haushaltsbegleitbeschluss-Vorschlag Nr. 4 zeigt dies deutlich. Er ist auch schon überholt, da der Landrat bereits in diese Richtung handelt, wie er in der letzten Kreisausschusssitzung darlegte. Allerdings liegt noch kein greifbares Ergebnis vor.

Dies wundert den Betrachter auch nicht, zeigt sich doch die Zerrissenheit der CDU in dieser Frage in der Person ihres Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, der in seinem Abstimmungsverhalten in Stadtrat und Kreistag Adenauers berühmten Satz geradezu zelebriert.

Wir wissen ja aus der Debatte um das politische Verhältnis von Bürgermeister und Landrat, dass er vieles als „Kult“ bewertet. Auch die Verteilung der Sozialhilfekosten?

Drittens zeigt sich die Klientelpolitik sehr deutlich in den ungebremsten Zuschüssen an die privaten Gymnasien Marienberg und Knechtsteden. Anders als die Schulen in kommunaler Trägerschaft profitiert besonders die erste Schule davon, dass der Kreis einen wegen der langen Laufzeit fast sittenwidrigen Vertrag geschlossen hat, der ihn als Dauer-Lobbyisten auch in Zeiten knappster Kassen bindet und zu Ausgabensteigerungen zwingt.

Dies wollen wir ändern:

Der Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 6 der Kreis-Grünen sieht vor, dass

- a) der Landrat beauftragt wird, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass in den nächsten 5 Jahren keine Zuschusserhöhung, die sich als Mehrbelastung des Kreishaushaltes darstellt, stattfindet,
- b) dass die Haushalts-Budgets gegenseitig nicht deckungsfähig sein sollen.
- c) dass die Jahresrechnungen den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden.

Nun ist es zwar wichtig, dass auch die Berufskolleg-Schulen im Kreis Neuss gut ausgestattet sind; da wir aber einen Euro nur einmal verteilen können, werden die Mittel, die den beiden genannten Schulen und der ISR zugeschanzt wurden, an anderer Stelle fehlen.

Wachsam sind wir auch, ob nicht über die ISR ein **Einstieg in die Privatisierung des Bildungswesens** geplant ist. Hier sind wir gerne Bedenkensträger, denn die schlechten Erfahrungen aus den USA zeigen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. Bildung wird zur Ware, zu einer Frage des Geldes mit all den sozialen Folgen. „Klippschulen“ für die Armen, gut ausgestattete für die Wohlhabenden.

Das, meine Damen und Herren, ist genau die falsche Antwort auf Pisa. Erstaunlich auch, dass dies einer der wenigen Bereiche ist, in denen Stadt und Kreis an einem Strang ziehen.

Ansonsten gilt weiterhin die Parole der Grünen:

Das Verhältnis von Kreis Neuss und Stadt Neuss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger organisieren.

Die hier im letzten Jahr geäußerte Hoffnung, dass einige in der CDU den Mut aufbringen mit zu helfen, einen fairen Interessenausgleich zwischen Kreis und Stadt Neuss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren und die Logik „Warum denn sachlich, wenn es auch persönlich geht“ durch adäquate Maßnahmen zu beenden, hat sich nicht erfüllt.

Stattdessen organisiert die CDU mit ihren absoluten Mehrheiten den Stillstand. Diverse Fraktionssitzungen in Stadt und Kreis scheinen unter dem Motto zu stehen: „Keine Idee verlässt den Raum“! Besser wäre es, einen neuen Ansatz, auch einen unkonventionellen zu finden, der die allgemeine Ideenlosigkeit aufhebt.

Victor Hugo hat einmal geschrieben: „Denken ist die Arbeit des Intellektes, Träumen sein Vergnügen“.

Um einen neuen Ansatz zu finden, brauchen wir beides:

Denken

um die vorhandenen, aber oft missachteten Interessenlagen der Verhandlungsparteien zu definieren,

Träumen

um Möglichkeiten der Verständigung auszuloten und Ziele neu zu entwickeln.

Warum kann der Kreis nicht die Abteilung „Wasser“ komplett übernehmen, also Wasserversorgung, Naherholungsanlagen und die defizitären kommunalen Badeanstalten ?

Warum können dann nicht im Gegenzug die SWN dank ihres guten Know-how die ÖPNV-Verkehre in und aus dem Kreis Neuss organisieren ?

Ist eine gemeinsame Facility- Management-Gesellschaft beim Kreis denkbar, die die Gebäude aller Kommunen und des Kreises betreut ?

Und warum muss der Kreis partout eine eigene kleine Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufbauen, wohl wissend, dass in Neuss genügend Kapazitäten vorhanden sind, wohl wissend, dass dies der Vereinbarung in der Bürgermeisterkonferenz widersprechen kann, wohl wissend, dass die Gesellschaft nur als Projektverteilungsförderungsmanagement-Gesellschaft angelegt werden kann, die, wie Spötter behaupten, nur die Wahlkampf-Geschenke des Landrats und die der CDU aus Fremdmitteln organisiert.

Ein Jahr ist vergangen, ein weiteres Jahr der verpassten Gelegenheiten!

Ein bisschen Cannes, ein bisschen Kolumbien, ein bisschen China, ein bisschen Polen – und was wie „Globalplayer“ aussieht, ist im Grunde nichts anderes als das verzweifelte Festhalten an einer vagen Idee, die sich ständig an der Wirklichkeit blamiert.

Und wenn man dann im Kreisausschuss die Berichte und power-point-Präsentationen ebenso mitverfolgen darf wie die unterstützenden Kommentare aus der CDU-Fraktion, dann stellt man immer wieder mit Alberto Moravia fest, „dass die Worte ein paar Nummern zu groß für die bekleideten politischen Ideen sind“.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN treten für eine zukunftsorientierte, integrierte Wirtschaftsförderungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zum Wohle der Menschen im Kreis Neuss ein.

Seit Sommer letzten Jahres steigt die Arbeitslosigkeit im Deutschland und auch in unserer Region von Monat zu Monat an.

Gleichzeitig ist ein Anstieg im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt festzustellen.

Wir sind uns einig darin, dass alle Akteure auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene sich diesem Problem der Massenarbeitslosigkeit stellen müssen. Und es ist wenig hilfreich, die Schuld bei den anderen zu suchen, und damit sein eigenes Nichtstun zu rechtfertigen.

Wir sind uns darin einig, dass Arbeitsplätze nur vor Ort entstehen.

Eng damit verknüpft ist die schon erwähnte Neuregelung der kommunalen Finanzverfassung und der kommunalen Beschäftigungsförderung.

Wir dürfen nicht abwarten, alle Kräfte müssen vor Ort mobilisiert werden.

Was passiert aber vor Ort im Rhein-Kreis-Neuss in der Beschäftigungsförderung?

Vor Jahren hat die grüne Fraktion gefordert, eine eigene Beschäftigungsförderungsgesellschaft zu gründen. Die Mehrheitsfraktion hielt dies nicht für nötig. Sie hatte die Hoffnung, dass Dritte diese Aufgabe erledigen können. (Stichwort Maatwerk).

Mittlerweile hat die CDU-Fraktion die Richtigkeit unserer Argumentation eingesehen und eine kreiseigene Vermittlungsagentur gegründet.

Durch das hohe Engagement der Mitarbeiter im Job-Center sind Erfolge zu verzeichnen. Daran müssen wir anknüpfen. Deshalb hat die Fraktion der Grünen trotz angespannter Haushaltsslage vorgeschlagen, diesen Ansatz auszubauen und zusätzlich mindestens 2 Mitarbeiter im Job-Center einzustellen. Die CDU hat dies abgelehnt.

Zumindest die Verwaltungsspitze weiß, dass das Job-Center des Kreises außer der Bezeichnung wenig mit dem zurzeit bundesweit diskutierten Job-Center zu tun hat. Hier geht es um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Das hat gewaltige Auswirkungen auf die Finanzverfassung der Landkreise. Wenn der Bund die Kosten für die Sozialhilfe tatsächlich übernimmt, steht der Landrat nicht nur ohne Land dar, sondern er hat auch einen großen Teil seiner Arbeit verloren.

Zurzeit diskutiert das Bundesministerium für Arbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Arbeitspapier zur weiteren Reform des Arbeitsmarktes.

Ein Schwerpunkt darin ist die kommunale Beschäftigungsförderung. Sie soll eine

gesetzliche Verpflichtung und eine Mindestausstattung erhalten.

Es gärt also in der Arbeitsmarktpolitik und es liegt am Kreis, ob am Ende Wein oder Essig entsteht.

Die Forderung der Fraktion der Grünen, eine Beschäftigungsgesellschaft aufzubauen, um alle Kräfte zu bündeln, trägt dazu bei, dass Wein entsteht, - ob ein Spitzenwein entsteht, hängt jedoch von der Lage und den Rahmenbedingungen ab.

Über **Grundwasser** ist in den Ausschüssen des Kreistages zu Recht viel, aber nicht immer zielorientiert diskutiert worden.

Konstruktive Lösungen sind auch weiterhin gefragt; Ehrlichkeit ist angesagt.

Wenig hilfreich, weil unseriös, sind die ständigen Vergleiche mit Hoyerswerda, mit dem hessischem Ried und nun mit Frankenthal. Sie wecken falsche Hoffnungen bei den Betroffenen.

Aber wir sind uns sicher, dass auch Frankenthal zu der Lösung hochstilisiert wird.

Belasten Sie die für Anfang Mai geplanten Gespräche in der Staatskanzlei nur weiter – das ist Ihr Part. Wir brauchen keinen Wettbewerb um die besten „Headlines“, sondern tragfähige Lösungen.

Wenig hilfreich war auch die Aktion in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.12.2002:

CDU-Spielmacher Kranz, sonst ein Mann der eleganten Pässe in der Diktion eines Franz Beckenbauer, versuchte sich als Marc Wilmots und versenkte, noch ehe das Spiel angepfiffen war, den Ball im gegnerischen Tor. Ein zaghafter Protest des Spielführers der Grünen, der gerade den Platz betreten hatte, wurde zurückgewiesen, weil die schwarze Mannschaft den ebenfalls schwarz gekleideten Schiedsrichter, der in den Begegnungen davor eine klare Linie vertrat und fair leitete, so zu beeindrucken wusste, dass er das Tor anerkannte.

Merke aber: Ein frühes Tor garantiert noch kein gewonnenes Match!

Das entscheidende Spiel soll nun am 2. Mai stattfinden und dann – deshalb verlassen wir jetzt wieder die Sprache der Bilder – dann wird es kein Spiel, dann wird es ernst und deshalb fragen wir Sie:

Wenn Sie schon einen solchen Finanzierungsvorschlag unterbreiten, warum hat dann die Landtagsfraktion der CDU eigentlich keinen einzigen Euro für den Landeshaushalt 2003 gefordert, um eine Beteiligung des Landes sicher zu stellen? Hat uns wirklich erstaunt! Hat uns wirklich erstaunt!

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN will im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine konstruktive **Lösung für das Grundwasserproblem**, eine Lösung, die

die Verantwortlichkeiten nicht verdrängt,

die auf der sorgfältigen Analyse des verfeinerten Strömungsmodell-Gutachten und der Betroffenheitsanalyse beruht,

die das allgemeine Grundwasserdargebot ernst nimmt, also die Trinkwasserversorgung durch die NVV AG und die Kreiswerke Grevenbroich für den westlichen Kreisteil und Mönchengladbach nicht gefährdet,

die das Genossenschaftsmodell in den Vordergrund stellt und

die weiteren Hilfen des Kreises – wie in unserem Antrag im Finanzausschuss formuliert – im Bereich der Einrichtung technischer Anlagen für kleinräumige Grundwassereingriffe ermöglicht.

Wir tun alles und wir werden alles tun, dass eine tragbare Lösung **unter Einschluss und Beteiligung der Betroffenen und Nichtbetroffenen** zustande kommt.

Zum Schluss spreche ich für meine Fraktion noch einen Beschluss der Mehrheitsfraktion im Finanzausschuss an, der uns betroffen und fassungslos gemacht hat: **Die 10 %ige Kürzung der Fraktionsmittel!**

Zu Beginn der Kreistagsperiode hat die CDU den kleinen Fraktionen die Personalkosten und die Grundförderung um 50 % gekürzt. Wir haben dies mit einer Änderungskündigung in der Geschäftsstelle aufgefangen.

Seinerzeit war hier unten im Raum verabredet worden, dieses niedrige Niveau für die Wahlperiode zu halten und die Personalkosten zu indexieren. Durch das Wahlergebnis selbst üppig ausgestattet, setzen Sie mit der 10 %-Kürzung die Axt an der Arbeitsfähigkeit der kleinen Fraktionen an.

Da Sie den Repräsentationsfonds der Kreisverwaltung und die Öffentlichkeitsarbeit bei den Kürzungen ausgenommen haben, sagt dies viel über die wirklichen Machtverhältnisse im Kreistag aus.

Bedenken Sie bitte, dass wir alle Ehrenamtler mit einem bürgerlichen Beruf sind, wir brauchen jemanden, der uns in unserer Arbeit unterstützt.

Nun werden Sie sich vielleicht klammheimlich freuen, dass wir weniger tun können. Sie beschädigen aber damit das kommunalpolitische Ehrenamt. Auch kommunale Politik kostet Geld.

Die von Ihnen beschlossene Kürzung beinhaltet „arg viel symbolisches Handeln“ und – um im Bild von eben zu bleiben: Spielen Sie damit nicht nur für die Galerie? Im Landtag haben Sie zugestimmt, die Diäten zu erhöhen. Wie passt das zusammen?

Wir beantragen, die Rücknahme der 10 %igen Kürzung, zumindest für die kleinen Fraktionen.

Ich komme zum Ende.

Dass wir den Haushalt ablehnen, überrascht nach dieser Rede niemanden.

Dank gilt der Verwaltung für die vielen Auskünfte und der Kämmerei, die dies organisierte und dazu beitrug, dass unsere Haushaltsberatungen im Kloster Langwaden einem Fortbildungsseminar in Kommunal финанzen glich.

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt - und der wird uns vor ganz neue Herausforderungen stellen.

Deshalb ist es wichtig, sich schon jetzt mit Haushaltsbegleitbeschlüssen darauf einzustellen.

Der Vorschlag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN liegt auf dem Tisch.

Die Tatsache, dass das Geld nicht reicht, ist nicht neu. Das ist Bestandteil jeder ökonomischen Theorie und schon die Fünftklässler lernen im Fach Wirtschaftslehre an der Gesamtschule, dass das Geld nicht für alle Wünsche reicht.

Johann Nepomuk Nestroy (1801-62), österreichischer Lustspieldichter und Charakterdarsteller, ist auch bekannt für seine Aphorismen:

„Die Phönizier“, sagte er einmal, „die Phönizier haben das Geld erfunden – warum bloß so wenig?“

Die Grünen hätten die Kreisumlage unter 36 % gedrückt, damit die Kommunen weiter entlastet und den Haushalt weiter entschuldet.

Sie sind dazu nicht fähig. Offensichtlich ist die CDU gefangen im Netz ihrer Klientelgruppen.

Angesichts der dramatischen Veränderungen wird der Kreistag im nächsten Jahr

über noch weniger Mittel verfügen.

Die Haushaltsberatungen für 2004 beginnen heute. Die Politik sollte der Verwaltung noch vor der Sommerpause die Leitlinien für die Erstellung des Entwurfs 2004 mit auf dem Weg geben, Haushaltsbegleitbeschlüsse sind nur ein zaghafter Anfang.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.